

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25231. Postfachkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Unterpauptmannschaft Dresden und des Stadtschreibers beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlagsgesellschaft H. Wollfke Nr. 1, Wollfkestraße 28 (28 mm breit) 11,3 Kpl. Nachdruck nach Erlaubnis der Familienangehörigen u. Stellvertreter Wollfkestraße 8 Kpl. Erlaubnis, 20 Kpl. — Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers Reichardt. Unveränderte Schriftgröße werden nicht aufbereitet.

Kabinett Chautemps zurückgetreten

Nach zweimonatiger Regierungszeit neue Krise

Paris, 10. März.

Der französische Ministerpräsident Chautemps ist am Donnerstagvormittag zusammen mit seinem Kabinett infolge der Schwierigkeiten, die sich im Zusammenhang mit dem zur Durchführung des neuen Rüstungsplanes geforderten Ermächtigungsgesetz ergeben hatten, zurückgetreten. Bevor Chautemps seinen Rücktritt offiziell bekannt gab, hielt er in der Kammer, die trotz der frühen Morgenstunden in Anbetracht der bedeutungsvollen Stunde dicht besetzt war, eine Abschiedsrede. Danach begab er sich mit den Kabinettsmitgliedern ins Elysee, um dem Staatspräsidenten seinen Rücktritt anzujelgen.

In seiner Abschiedsrede vor der Kammer hat Ministerpräsident Chautemps die Gründe dargelegt, die ihn bewogen haben, eine Erklärung vor der Kammer abzugeben, und nicht einfach zurückzutreten, wie er es ursprünglich beabsichtigte. Er habe eine Erklärung vor der Kammer auch aus dem Grunde für unentbehrlich, weil er den fallischen Verhältnissen entgegenzutreten wolle, die im Umlauf seien. Die Regierung sei nicht von den Ereignissen fortgeführt worden, noch zu dem Rücktritt durch besondere Schwierigkeiten des Schatzamtes gezwungen worden. Die Regierung wäre durchaus in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen, vorausgesetzt, daß sie die Vollmacht erhalte. Ferner gab Chautemps eine kurze Erklärung über die beabsichtigten Ermächtigungsfordernisse an und betonte, daß diese in seiner Weise das republikanische Gewissen der Mehrheitsparteien belastet hätten, daß sie weder die Diktatur anstrebten, noch die sozialen Reformen beschleunigen wollten.

Chautemps gab schließlich zu verstehen, daß er nicht an der Regierung bleiben könne, weil eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und einem Teil der Mehrheitsparteien entstanden sei. Er schloß mit einem Appell zur Einigkeit, die ebenso wie der soziale Frieden für das Ansehen Frankreichs im Ausland bedeutungsvoll sei. Er deutete an, daß er gern einer Regierung auf breiter Grundlage Platz mache.

Leon Blum im Hintergrund

Nachdem die Mitglieder der zurückgetretenen Regierung die Kammer verlassen hatten, wurde die Sitzung aufgehoben. Als Nachfolger Chautemps' werden noch keine bestimmten Kandidaten genannt. Es wird sich darum handeln, jemand zu finden, der in der Lage ist, eine Regierung auf breiterer Grundlage zu bilden, die die nötige Vertrauen besitzt, um die Rüstungsanstrengungen zu starten und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das schwierige Finanzproblem zu lösen und den sozialen Frieden zu gewährleisten. Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten wäre anzunehmen, daß der Staatspräsident sich zunächst an Leon Blum wenden wird, da die sozialdemokratische Kammerfraktion durch ihre Ablehnung der Sondervollmachten gewissermaßen den Rücktritt der Regierung Chautemps veranlaßt hat.

Die Volksfrontpolitik und das Bündnis mit dem Volkswortführer haben Frankreich in der letzten Zeit von einer Krise in die andere geführt. Mit Leon Blum begann eine Politik großerer Versprechungen. Sehr bald aber mußten die breiten Massen des französischen Volkes feststellen, daß die

ihnen von der Volksfrontregierung bescherten sozialen Erregenschaften sich in schwerere Belastungen verwandelten, daß Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und Inflation die Folgen waren. Leon Blum mußte sehr bald abtreten. Aber die Folgen der Volksfrontexperimente wirkten sich weiter aus, und das Kabinett Chautemps, das in seiner letzten Zusammensetzung noch keine zwei Monate am Ruder war, konnte ein Lied von Finanzschwierigkeiten und Wirtschaftsnöten singen.

Auch diesmal war es wieder die Finanzfrage, die bei den Schwierigkeiten der Regierung im Vordergrund stand. Das Kabinett brauchte Mittel, um die Kosten für die Rüstung und für sonstige notwendige Ausgaben zu decken. Nicht weniger als 20 Milliarden sollen aufgebracht werden. Diese Summe läßt sich natürlich im Rahmen des ordentlichen Haushalts nicht aufbringen. Da auch die Steuern ohne erhebliche neue Erhöhungen des Wirtschaftslebens nicht erhöht werden können, so bleibt nur der Anleiheweg übrig. Aber auch hier sind die allergrößten Schwierigkeiten vorhanden. Infolge der Unfähigkeit, die Volksfrontpolitik in das Wirtschaftsleben getragen hat, haben sich die Banken und Geldgeber veranlaßt, gewisse Garantien zu verlangen. Dazu gehört auch der Abbau einiger unliebsamer Auswirkungen der Biersteuern, Wäse und anderer sogenannter Sozialsteuern. Infolge ihrer Abhängigkeit von Kommunisten und Sozialdemokraten konnte die Regierung Chautemps diese Garantien aber ohne besondere Vollmachten nicht geben. Sie verlangte zu diesem Zwecke ein Ermächtigungsgesetz, das zu unterstützen sich aber weder die Kommunisten und Sozialdemokraten, noch die Rechtsparteien bereithalten wollten. Chautemps blieb also nichts übrig, als zurückzutreten.

Zu den politischen Spannungen kam hinzu, daß der Kurs des Frankens im Augenblick einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht hat. Für ein englisches Pfund müssen heute in Paris nicht weniger als 137 Franken gezahlt werden. Durch die toben ausgebrochene neue Regierungskrise aber ist ein weiteres Absinken zu erwarten, wenn es nicht in kürzester Zeit gelinzt, eine Währung oder wenigstens einen Kurswechsel zu finden. In welcher Richtung diese Lösung liegen soll, hat Chautemps in seiner Abschiedsrede andeutend verahlet. Man will sich offenbar bemühen, eine Regierung auf breiterer Grundlage zu bilden. Aber auch wenn das gelingen sollte, wird es nicht leicht sein, die tiefere Ursache für die dauernden Regierungskrisen, in denen Frankreich lebt, zu beseitigen. Sie sind ein Erbe der Volksfrontpolitik, und deren Folgen lassen sich eben nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen.

Die Offensive Francos an der Aragonfront

Die bolschewistischen Linien teilweise 18 Kilometer tief eingedrückt

Burgos, 10. März.

Die bereits kurz gemeldet, haben die Truppen des Generals Franco am Mittwoch an der Aragonfront in 80 Kilometer Breite eine große Offensive begonnen. Die dazu halbamtlich bestätigt wird, haben die nationalspanischen Streitkräfte bereits am ersten Tag der neuen Kampfhandlungen die für drei Tage geschätzten militärischen Ziele erreicht. Sie haben die bolschewistischen Linien eingedrückt und sind stellenweise bis zu 18 Kilometer tief vorgedrückt. Die Bolschewisten sahen sich in Unordnung und unter Zurücklassung beträchtlichen Materials zurück.

Der Angriff wurde am Mittwoch früh durch heftiges Geschützfeuer und Bombenabwürfe der nationalen Fliegerverbände auf die bolschewistischen Stellungen eröffnet. Die nationalen Truppen durchdrangen darauf die feindlichen Linien in vier Abschnitten und überrannten alle bolschewistischen Stellungen einschließlich der Reservestellungen. Zahlreiche Ortschaften wurden besetzt und viele Gefangene gemacht. Um 10 Uhr hatten die Truppen des Generals Davila, der den Oberbefehl führt, bereits die wichtigsten Ziele erreicht. Die erstickten Stellungen zählten zu den am härtesten besetzten an der ganzen Front. Die Verluste der Nationalen sind außerordentlich gering.

Neues nationalspanisches Arbeitsgesetz

Am Mittwoch wurde das neue nationalspanische Arbeitsgesetz verabschiedet. Es besteht aus 16 Abschnitten, die in einzelne Artikel unterteilt sind. In ihnen

werden folgende Hauptpunkte behandelt: Arbeitsrecht, die Rechte und Pflichten des Arbeiters, Schutz des Handwerks, neue Normen für die Landwirtschaft und Fischerei, nationale Produktion, Schutz des ausländischen Arbeiters sowie die Überführung der Fronttruppen in leitende und Ehrenstellen.

Politischer Ausschuss in der Falange

General Franco ernannte am Mittwoch den in der Verfassung der Falange vorgesehenen Politischen Ausschuss. Der Ausschuss setzt sich aus zwölf Männern zusammen, unter denen sich General Arsenio, der Minister für nationale Erziehung Pedro Sainza Rodriguez, Carrero Suaner sowie der Arbeitsminister und der Chef der nationalen Milizen befinden. Man sieht diesem Ausschuss allgemein für die Zukunft Nationalspaniens starke Bedeutung bei.

„Maffentungebungen“ in Barcelona

Barcelona, 10. März.

Zum 18. März werden seitens der kommunistischen Organisationen große Vorbereitungen getroffen, um durch Mobilisierung großer Menschenmassen und verstärkter antifaschistischer Agitation nach sowjetrussischem Vorbild über die immer stärker werdende Dunaerkatastrophe und die militärischen Niederlagen hinwegzutäuschen. Ferner hofft man, durch derartige Maßnahmen den völlig zusammengebrochenen Widerstandswillen hinter der Front zu heben. Die beabsichtigten Kundgebungen werden von der kommunistischen GPU organisiert und durchgeführt. Schon jetzt ist bekannt, daß die Bevölkerung in Barcelona swangaläufig in einzelne Gruppen eingeteilt wurde, die dann unter dem Kommando kommunistischer GPU-Mitglieder an den Versammlungspunkten zu erscheinen haben.

Merkwürdige Volksabstimmung in Oesterreich

Innsbruck, 10. März.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hielt am Mittwochabend bei einem Amtswalterappell eine Rede, in der er für den nächsten Sonntag, den 18. März, eine „Volksbefragung“ ankündigte.

Ähnlich wie in seiner Rede, die er kürzlich vor dem Bundesrat hielt, legte Dr. Schuschnigg im einzelnen dar, wie nach seiner Ansicht der soziale, wirtschaftliche und nationale Gedanke in Oesterreich zu verwirklichen und aus der Geschichte zu entwickeln sei. Er erklärte, nun müsse Ruhe sein. Kein einziger dürfe ein Quäntchen Schuld daran tragen, wenn der schwere Weg, den wir gehen müssen, im Interesse der Heimat und des Friedens nicht zum Erfolg führt. Mit dem Wunsch auf Einordnung aller Kräfte in der Vaterländischen Front und mit einem Dank an die Tiroler Exekutive, schloß der Bundeskanzler seine Rede.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat in einem Aufruf folgende Parolen für die Wahl bekanntgegeben: Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einig Oesterreich.

Der Frontführer-Stellvertreter Minister Jernatto hat folgende Durchführungsbestimmungen zur Volksabstimmung am kommenden Sonntag bekanntgegeben:

Zunächst werden Abstimmungskommissionen für jeden Abstimmungsbezirk nach den Bestimmungen des zuständigen Landesoberhauptes bzw. des Bürgermeisters der Stadt Wien bestellt. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und zwei bis vier Beisitzern. Unter den Beisitzern muß auf jeden Fall ein Arbeiter und ein Arbeitervertreter sein. Bei der Bestellung von mehr Beisitzern soll darunter eine Frau sein. Alle Mitglieder der Abstimmungskommission müssen der Vaterländischen Front angehören, wozugleich Amtswalter sein. Die Beiziehung von Schriftführern wird durch die Bestellung des Landesoberhauptes geregelt.

Die Abstimmungslokale werden so eingerichtet, daß ein Tisch für die Abstimmungskommission und der Schriftführer vorhanden ist, daß die Abstimmungsurne so aufgestellt ist, daß sie bequem zur Abgabe des Stimmzettels zur Verfügung steht. Ferner wird die Abstimmungsparole, also der Text der offiziellen Abstimmungsfragen, für den Abstimmenden ersichtlich angebracht sein. Eine Kontrollperson muß vorhanden sein, die über den Abstimmungsablauf, die Berechtigung zur Abstimmung und die Totalverhältnisse Auskunft erteilen kann.

Es ist Vorfrage getroffen, daß Personen, die den Abstimmungsablauf stören, aus dem Lokal gewiesen und nötigenfalls den diensthabenden Organen der Exekutive zur weiteren Amtshandlung übergeben werden. Ebenso ist für Ordnung vor dem Abstimmungslokal und Personen, die den Verbindungsdiens vom Abstimmungslokal zu den Amtsstellen durchführen, Sorge zu tragen.

Beginn und Ende der Abstimmung wird durch den Landesoberhauptmann festgelegt, als Abstimmungsdokumente gelten die Vaterländische Front-Mitgliedskarte, die Mitgliedskarte des Bauernbundes, das Oesterreichische Gewerbebuch und das Gewerkschaftsbuch oder Erkennungsarten oder Heimatsheine oder Meldezettel, jedenfalls nur Dokumente, die die Identität nachweisen. In dem vorgelegten Dokument wird durch Stempelung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. Die das Abstimmungslokal betretenden Personen haben den Vorhängen der Abstimmungskommission ihr Dokument vorzuweisen.

Abstimmungsabstimmungslokal sind sämtliche Oesterreichischen Bundesbürger, die spätestens im Jahre 1914 geboren sind, also alle, die über 24 Jahre zählen. Das Dokument wird, wenn die Abstimmungsabstimmungslokal erwiesen ist, abgestempelt. Darauf wird der Betreffende aufgefordert, seinen Abstimmungsstempel in die Urne zu werfen. Der Stempel kann offen oder geschlossen abgegeben werden. Auch die Abgabe des Stimmzettels in einem Umschlag ist erlaubt.

Nach vollzogener Abstimmung ist das Lokal zu verlassen. Dort, wo der Landesoberhauptmann es angeordnet hat, wird eine Liste der Personen, die die Abstimmung vollzogen haben, angefertigt.

Der offizielle Abstimmungsstempel ist ein Zettel in der Größe von 5 mal 8 Zentimeter, der auf einer Seite mit dem Worte Ja bedruckt ist. Die Personen, die mit Nein zu stimmen wünschen, müssen einen Zettel in der gleichen Größe mit dem Wort Nein handschriftlich beschriften.

Es werden also keine Wahlzettel gefaltet, so daß eine Kontrolle, wie oft der einzelne abstimmt, nicht möglich ist.

Der überraschende, kurz angedeutete Termin sowie die in Aussicht genommene Form der Durchführung der Volksabstimmung lassen die Hoffnung, daß von einer wirklichen und gerechten Befragung des Volkswillens die Rede sein könnte, außerordentlich gering erscheinen. Selbstverständlich vor allem, daß Wahlzettel wie überhaupt jede Kontrolle offensichtlich fehlen. Man darf gespannt sein, wie das deutsch-benutzte Oesterreichertum auf diese unglaublich anmutenden Nachrichten aus Wien reagieren wird.

Advertisement for beer and other beverages, including 'Pilsener Bier' and 'Kaiser Brewery'.

Advertisement for 'Nagel' brand shoes, mentioning 'Ludwig' and 'Ludwig 20640'.

Advertisement for 'Nagel' brand shoes, mentioning 'Ludwig' and 'Ludwig 20640'.

Advertisement for 'Kraemer' brand shoes, mentioning 'gesund...' and 'Kraemer'.

Advertisement for 'Brotaufstrich' (bread spread) and other food items, listing prices and brands.

Advertisement for 'Kraemer' brand shoes, mentioning 'gesund...' and 'Kraemer'.

Advertisement for 'SLUB' (Scientific Library and University of Books) with the slogan 'Wir führen Wissen.' (We lead knowledge.)